

## **Die nächste Bundesregierung beerdigt das Friseurhandwerk. Friseurhandwerk kritisiert Pläne zur Mindestlohnerhöhung auf 15 Euro**

*Der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) warnt eindringlich vor den dramatischen Folgen der geplanten Mindestlohnerhöhung auf 15 Euro. Diese unverhältnismäßige Lohnsteigerung bedroht zahllose Friseursalons in ihrer Existenz und wird das deutsche Friseurhandwerk nachhaltig destabilisieren.*

### **Kostenexplosion und Betriebsschließungen drohen**

„Die Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro bedeutet für viele Friseurunternehmerinnen und -unternehmer eine Kostenlawine, die nicht mehr zu bewältigen ist“, erklärt ZV-Präsidentin Manuela Härtelt-Dören. „Gerade in unserer personalintensiven Branche würden die Betriebe mit immensen Mehrbelastungen konfrontiert, die 80% der Salons an den Rand des Ruins treiben.“

Neben der direkten Lohnerhöhung steigen ebenfalls Sozialabgaben und sonstige Personalkosten. Dies stellt kleinere und mittelgroße Salons vor unüberwindbare finanzielle Herausforderungen. Im schlimmsten Fall droht ein massives Salonsterben, das viele Arbeitsplätze vernichten und die Versorgungsstruktur der Branche gefährden würde.

### **Schlag gegen Ausbildungsbereitschaft und Fachkräftesicherung**

Das Friseurhandwerk ist traditionell eine ausbildungsstarke Branche, die jungen Menschen Chancen bietet. Die Lohnerhöhung wird unweigerlich dazu führen, dass viele Betriebe Ausbildungsplätze einschränken oder gar ganz streichen. „Die geplante Mindestlohnerhöhung gefährdet die Nachwuchssicherung und setzt die gesamte Branche unter Druck“, warnt ZV-Berufsbildungsexperte Christian Hertlein.

### **Kundinnen und Kunden drohen drastische Preiserhöhungen**

Um die massiven Mehrkosten zu kompensieren, wären Salons gezwungen, ihre Preise deutlich zu erhöhen. Dies könnte dazu führen, dass viele Kundinnen und Kunden auf Friseurbesuche verzichten oder sich der Schwarzarbeit zuwenden. „Am Ende leidet nicht nur die Branche, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, die mit steigenden Preisen und unsicheren Arbeitsverhältnissen konfrontiert werden“, betont Härtelt-Dören.

**Verband fordert branchenspezifische Lösungen und Mehrwertsteuerreduzierung**

Der Zentralverband fordert daher dringend differenzierte und tragfähige Lösungen. „Statt pauschaler Lohnerhöhungen, brauchen wir gezielte Maßnahmen zur Unterstützung kleiner und mittelständischer Betriebe sowie zur Sicherung von Ausbildungsplätzen“, fordert ZV-Hauptgeschäftsführer Holger Stein.

Der Verband appelliert mit Nachdruck an die Bundesregierung, die Mehrwertsteuer für Friseurdienstleistungen auf 7 Prozent zu senken. Die derzeitige Steuerbelastung von 19 Prozent ist für viele Salons kaum noch tragbar und trägt zur wirtschaftlichen Schieflage der Branche bei. Während die Personalkosten weiter steigen, bleibt den Betrieben kaum Spielraum, diese Belastung durch Preisanpassungen aufzufangen, ohne massive Kundenverluste zu riskieren.

Eine Senkung der Mehrwertsteuer ist daher nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Fairness, sondern eine dringende Notwendigkeit zur Existenzsicherung vieler Friseurbetriebe. Ohne diese Entlastung drohen Betriebsschließungen, ein Verlust von Arbeitsplätzen und ein deutlicher Rückgang an Ausbildungsangeboten. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Versorgungsstruktur und die Qualität handwerklicher Dienstleistungen in Deutschland.

Der Zentralverband fordert die Politik eindringlich auf, das Friseurhandwerk nicht weiter im Stich zu lassen und durch eine Mehrwertsteuersenkung auf 7 Prozent einen entscheidenden Schritt zur Sicherung dieser wichtigen Branche zu leisten.

*Der **Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks** (ZV) vertritt als Bundesinnungsverband die Gesamtinteressen des deutschen Friseurhandwerks. In ihm sind 12 Landesinnungsverbände zusammengeschlossen, deren Mitgliederbasis rund 210 Friseur-Innungen bilden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über 80.000 Friseursalons mit 235.000 Beschäftigten und rund 13.500 Auszubildenden. Der Jahresumsatz liegt bei über 7 Milliarden Euro. Präsidentin des Zentralverbandes ist Manuela Härtelt-Dören, Hauptgeschäftsführer ist Holger Stein. Sitz der ZV-Geschäftsstelle ist Köln.*

(3.594 Zeichen | mit Leerstellen)

Köln, 10.03.2025  
05/2025 bg